



HESSISCHER LANDTAG

22. 01. 2026

WKA

Antrag

**Fraktion der CDU,
Fraktion der SPD,
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
Fraktion der Freien Demokraten**

**Wissenschaftsfreiheit an Hessens Hochschulen für alle gewährleisten –
Antisemitismus und Bedrohungen weiterhin konsequent bekämpfen –
Solidarität mit den Betroffenen**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag verurteilt antisemitische Vorfälle und jegliche Drohungen an hessischen Hochschulen auf das Schärfste. Antisemitismus, gleich in welcher Form er auftritt, ist ein Angriff auf die Würde des Menschen, auf die Grundwerte unserer Demokratie und auf die Freiheit von Wissenschaft und Lehre. Der Landtag bekräftigt den Beschluss „Nie wieder ist Jetzt – kein Antisemitismus an hessischen Hochschulen“ (Drucksache 21/1125) und stellt klar: Antisemitismus darf in Hessen weder geduldet noch relativiert werden. Hochschulen müssen Orte der Freiheit, der Vernunft und des gegenseitigen Respekts bleiben.
2. Der Landtag erklärt seine uneingeschränkte Solidarität mit allen Betroffenen antisemitischer Anfeindungen oder Morddrohungen. Diese Solidarität gilt ebenso allen Mitgliedern der Hochschulen, die sich mutig gegen Judenhass, Hetze und Einschüchterung stellen. Unser besonderer Respekt gilt jenen, die Verantwortung übernehmen, Haltung zeigen und sich trotz Drohungen für Offenheit und Pluralität einsetzen. Der Landtag steht fest an der Seite der Präsidenten der Goethe-Universität Frankfurt und der Philipps-Universität Marburg, den Ansprechpersonen der Hochschulen für von Antisemitismus Betroffenen sowie allen Wissenschaftlerinnen, Wissenschaftlern, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und Studierenden, die Ziel antisemitischer Attacken oder Bedrohungen wurden oder sich gegen diese einsetzen. Der Landtag ermutigt die Hochschulen, im Falle antisemitischer Vorfälle von ordnungsrechtlichen Maßnahmen, die in besonders schwerwiegenden Fällen auch die Exmatrikulation von Tätern ermöglichen, Gebrauch zu machen. Wer Antisemitismus bekämpft, verteidigt die Grundlagen unserer offenen Gesellschaft.
3. Der Staat trägt die Verantwortung, Menschen vor Antisemitismus, Hass und Hetze zu schützen. Die hessischen Sicherheitsbehörden sind aufgefordert, antisemitische Straftaten konsequent zu verfolgen und Bedrohungen mit aller rechtsstaatlichen Härte zu begegnen. Wer andere einschüchtert oder bedroht, darf keinen Platz in akademischen Räumen haben.
4. Der Landtag bekennt sich ausdrücklich zu den vielfältigen Kooperationen hessischer Hochschulen mit israelischen Partnerinstitutionen. Diese Zusammenarbeit ist Ausdruck gemeinsamer Werte – Wissenschaftsfreiheit, Offenheit, Demokratie und gegenseitige Achtung. Hessen wird diese Verbindungen weiter stärken und zugleich klarstellen: Jeder Versuch, israelische Partner zu isolieren oder Boykottaufrufe an Hochschulen zu verbreiten, widerspricht dem Geist akademischer Freiheit und den Prinzipien der Völkerverständigung.
5. Vor diesem Hintergrund unterstützt der Landtag die von den Hochschulen umgesetzten Maßnahmen der Landesregierung gegen Antisemitismus. Die Einführung von Ansprechpersonen für von Antisemitismus Betroffene an allen hessischen Hochschulen war dabei ein erster wichtiger Schritt, den der Hessische Landtag begrüßt. Hochschulleitungen sollen weiterhin in Abstimmung mit Studierendenvertretungen, den Ansprechpersonen für von Antisemitismus Betroffene und dem Wissenschaftsministerium Schutzkonzepte und Präventionsstrategien gegen Antisemitismus etablieren. Für antisemitische Vorfälle sollen klare Zuständigkeiten und Interventionsabläufe definiert werden. Ferner soll regelmäßig eine Information des zuständigen Fachausschusses des Landtages durch das HMWK erfolgen.

6. Der Landtag hebt hervor, dass die Hochschulen vom Land jährlich 750.000 Euro für die Antisemitismusprävention erhalten. Diese Mittel ermöglichen den Hochschulen u. a. ihren diesbezüglichen Bildungsauftrag durch kontinuierliche Präventionsarbeit wahrzunehmen. Der Landtag begrüßt die erfolgte Erarbeitung von Strategien gegen Antisemitismus an Hochschulen und erwartet ihre flächendeckende und konsequente Umsetzung. In Bezug auf das Programm der Landesregierung zur Stärkung der Demokratieforschung sind im Bereich der Antisemitismusforschung bis 2028 knapp 2 Millionen Euro eingeplant. Damit sollen vier Projekte unterstützt werden, die über ein hohes Transferpotenzial verfügen und das Ziel verfolgen, die praktische Antisemitismusprävention zu verbessern.
7. Der Landtag bittet die Landesregierung und alle hessischen Hochschulen, Präventions- und Aufklärungsprogramme sowie Maßnahmen gegen jede Form antisemitischer Vorfälle und Haltungen aktiv weiter auszubauen und dabei insbesondere die Kooperation und Abstimmung mit jüdischen Hochschulmitgliedern, dem Netzwerk jüdischer Hochschullehrender, dem Verband jüdischer Studierender, jüdischen Gemeinden und Bildungsinitiativen zu intensivieren sowie die angewandte Demokratieforschung weiter zu stärken.

Wiesbaden, 22. Januar 2026

Für die Fraktion
der CDU
Die Fraktionsvorsitzende:
Ines Claus

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Der Fraktionsvorsitzende:
Mathias Wagner (Taunus)

Für die Fraktion
der SPD
Der Fraktionsvorsitzende:
Tobias Eckert

Für die Fraktion
der Freien Demokraten
Der Fraktionsvorsitzende:
Dr. Stefan Naas